

## Protokoll der öffentlichen Sitzung des Beirats von und für Menschen mit Behinderung im Bezirk Tempelhof – Schöneberg

**Datum:** 09.02.2011                      **Anwesende:** siehe Anwesenheitsliste  
**Leitung:** Mechtild Lutze                      **Beginn:** 17:00 Uhr  
**Ort:** Rathaus Schöneberg                      **Ende:** 19:00 Uhr  
**Raum:** 2013-2018, Casino                      **Protokoll:** Constanze Meyer

Besprechungspunkte	Ergebnisse
<b>Top 1</b> <b>Begrüßung, Festlegung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 08.12.2010</b>	<p>Die Beschlussfähigkeit des Beirates wurde festgestellt. Es waren 16 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</p> <p>Das Protokoll vom 08.12.2010 wurde genehmigt.</p> <p>Frau Lutze teilte zwei Veränderungen bezüglich der stimmberechtigten Mitglieder mit.</p> <p>Frau Gummich, Vertreterin des Vereins „Eltern beraten Eltern“ musste aus zeitlichen Gründen aus dem Beirat austreten. Frau Morariu (Familienarbeit und Beratung-FAB e.V.) ist nun stimmberechtigtes Mitglied des Beirates.</p> <p>Ebenfalls musste Frau Fischer (Fürst Donnersmarck-Stiftung) den Beirat verlassen. Ihr Nachfolger ist Herr Hanke, Verantwortlicher der Wohngemeinschaften des ambulant betreuten Wohnens der Fürst Donnersmarck-Stiftung.</p>
<b>Top 2</b> <b>Festlegung der endgültigen Tagesordnung</b>	<p>Der Tagesordnungspunkt 8 entfällt aus Krankheitsgründen und wird in einer der folgenden Sitzungen nachgeholt.</p> <p>Die Tagesordnung wurde verabschiedet.</p>
<b>Top 3</b> <b>Bericht des Vorstandes, Bericht PSAG – Frau Lutze</b>	<p>Frau Lutze informierte über die Sitzung der PSAG vom 26.01.2011. Die psychosoziale Arbeitsgemeinschaft von Tempelhof-Schöneberg vereint verschiedenste Träger der Psychiatrieversorgung innerhalb des Bezirkes.</p> <p>Thematisiert wurden neue Entwicklungen innerhalb von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. In diesem Zusammenhang wurde auf die Kürzungen der Maßnahmen ÖBS und MAE hingewiesen. Die MAE's wurden von 6 auf 4 Monate reduziert. Da es außer diesen Maßnahmen kaum andere Angebote des Jobcenters gibt zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, ist eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation für diesen</p>

	<p>Personenkreis zu erwarten.</p> <p>Des Weiteren berichtete Frau Lutze von der neuen „Beschwerde- und Informationsstelle Psychiatrie in Berlin“, BIP, welche berlinweit agiert. Nähere Informationen: <a href="http://www.psychiatrie-beschwerde.de">www.psychiatrie-beschwerde.de</a></p> <p>Daneben gibt es bezirkliche Psychiatrie-Beschwerdestellen, mit denen man eng zusammenarbeitet.. In den Beschwerdestellen erfolgt die Beratung trialogisch, d.h. dass sowohl Professionelle, Selbstbetroffene als auch deren Angehörige die Beratungen durchführen.</p> <p>Abschließend wurde auf das Kooperationsprojekt (zw. Die Kurve und Meyer &amp; Kratzsch „Kieznester“ aufmerksam gemacht. Es richtet sich an Menschen in Tempelhof, die ehrenamtlich älteren Menschen, oder auch durch häusliche Pflgetätigkeit sehr belasteten Menschen entlasten möchten- Nähere Informationen: Tel.: 72 00 68 60</p>
<p><b>Top 4</b></p> <p><b>Teilnahme an der Veranstaltung zum Thema: „Empowerment und Mitbestimmung. Partizipation behinderter Menschen in politischen Prozessen“, Bericht Frau Lutze und Herr Lund</b></p>	<p>Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde 2008 von Bundestag und Bundesrat beauftragt, die Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention zu fördern und deren Umsetzung in Deutschland zu begleiten. Zudem - wurde das Institut zur - Monitoring-Stelle ernannt mit der Aufgabe, die Umsetzung -der UN-Behindertenrechts-konvention zu unterstützen und zu beaufsichtigen.- Die Jahrestagung der Monitoring-Stelle befasste sich am 11.11.2010 mit dem Thema der Partizipation von Menschen mit Behinderungen in politischen Prozessen. Frau Lutze berichtete aus dem Workshop „Demokratische Willensbildung“. Schwerpunkte waren dabei die Ausübung des aktiven Wahlrechts behinderter Menschen, Empowerment von Frauen mit Lernschwierigkeiten sowie Beispiele kommunaler Partizipation innerhalb von Berlin. Bei Letzterem wurde unter anderem auf das Arbeitgebermodell verwiesen und auf die unzulängliche Entlohnung der Assistenten aufmerksam gemacht.</p> <p>In diesem Zusammenhang regte Frau Schneider an, das Persönliche Budget in einer der folgenden Beiratssitzungen zu thematisieren. Herr Lund nahm an dem Workshop „Partizipation bei Umsetzungsprozessen“ teil und informierte diesbezüglich über Entwicklungen in Rheinland-Pfalz, Thüringen und im asiatischen Raum.</p>
<p><b>Top 5</b></p> <p><b>Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Frau Schneider</b></p>	<p>Nachtrag in Bezug auf das Protokoll vom 3.11.2010:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪Die Beiratssitzung im Juni findet am Mittwoch den 15.06.2011 statt.</li> <li>▪Durch einen Beschluss seitens der BVV wurde das Bezirksamt dazu aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine barrierefreie Umgestaltung des S-Bahnhof Friedenaus einzusetzen.</li> </ul> <p>Frau Schneider teilte mit, dass der geplante Leitungsworkshop im Rahmen des bezirklichen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aus terminlichen Gründen verschoben wurde. Es ist geplant, diesen Termin nach der Sommerpause nachzuholen. Zu diesem Zeitpunkt wird es bereits möglich sein den</p>

Aktionsplan des Landes Berlin zu berücksichtigen, da die Senatsverwaltung aufgefordert wurde, diesen dem Abgeordnetenhaus spätestens im Juni 2011 vorzulegen.

Frau Schneider verweist auf die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Mehr Partizipation wagen! Ein Open Space zur praktischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland“ am 15. Februar 2011.

Frau Schneider verteilte die Broschüre „Den Schöneberger Norden barrierefrei erleben“, ein Wegweiser für Mädchen und Frauen mit Handicap. Dieser wurde in Kooperation zwischen Bezirksamt und Albatros gGmbH mit LSK-Mitteln erstellt. Er wurde in leichter Sprache geschrieben und ist somit nutzbar auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Im Wegweiser werden mehr als 50 Treffpunkte, Freizeiteinrichtungen, Sportmöglichkeiten, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen aber auch Angebote privater Gewerbetreibender und Dienstleister präsentiert.

Die Auswahl der präsentierten Orte richtet sich nach sozialräumlichen und lebensweltorientierten Gesichtspunkten und nicht nach der Kategorie „Behinderteneinrichtung“. Somit entspricht die Broschüre dem Leitprinzip der sozialräumlichen Inklusion, nachdem Menschen mit Behinderung der Zugang zu allen Angeboten des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens ermöglicht werden soll. Am 23. Februar 2011 wird die Broschüre im Rathaus Schöneberg im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Anschluss wurde eine Ausgabe der UN-Behindertenrechtskonvention verteilt, die von dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen herausgegeben wurde. Diese enthält neben der offiziellen deutschen Übersetzung auch die von den deutschsprachigen Nicht-Regierungsorganisationen erstellte deutsche Schattenübersetzung, sowie die englische Version.

Es wurde auf die durch Herrn Lund erstellte Unterschriftenliste bezüglich der barrierefreien Umgestaltung des S-Bahnhofes Marienfelde verwiesen. Diese wurde an alle Beiratsmitglieder versandt und wird in der nächsten Beiratssitzung eingesammelt.

Die Beauftragte der BVG für Senioren und Fahrgäste mit Behinderungen, Frau Albrecht, wandte sich mit einem Formular einer Vorschlagsliste für barrierefreie Erneuerungen von Bushaltestellen im Bezirk Tempelhof-Schöneberg an Frau Schneider. Es geht darum, eine Prioritätenliste unter Berücksichtigung der barrierefreien Kriterien von Bushaltestellen zu erstellen. Herr Lund, Herr Keller sowie Frau Hänelt erklärten sich bereit, die Vorschlagsliste für die BVG zu erstellen.

Des Weiteren berichtete Frau Schneider von einem Kooperationsprojekt der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Agens im Rahmen des Landesprogrammes „Mobilität für Alle“. Hierbei werden nicht barrierefreie Elemente und Hindernisse im Verkehrsraum innerhalb von Berlin erhoben. Ziel ist die Erstellung

	<p>einer digitalisierten Karte, welche ins Internet gestellt wird. Der Vorstand versucht den Projektleiter von Agens zu einer näheren Projektvorstellung in die nächste Beiratssitzung einzuladen. Angedacht ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Einladung der Stadträte Herrn Schworck und Herrn Krömer sowie der Fachbereichsleiter Tiefbau und Stadtentwicklung, um über den Nutzen der aufbereiteten Daten für eine barrierefreie Verkehrsraumplanung in unserem Bezirk zu diskutieren.</p>
<p><b>Top 6</b> <b>Berichte aus den BVV-Ausschüssen und von anderen besuchten Veranstaltungen</b></p>	<p>Der Ausschuss für Gesundheit und Politik für Menschen mit Behinderung stimmte einem Inklusionspreis für Tempelhof-Schöneberg-Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt fördern- zu. Das Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft liegt noch nicht vor, jedoch wurde mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft vereinbart, dass die Beschlussempfehlung vorbehaltlich der Zustimmung im Wirtschaftsausschuss bereits gefasst werden kann.</p> <p>Aus dem Ausschuss für Soziales und Jobcenter wurde über zahlreiche Widersprüche berichtet, welche als Reaktion auf die neuen Bescheide nach den Umstellungsbegutachtungen eingereicht wurden.</p>
<p><b>Top 7</b> <b>Teilhabe am Arbeitsleben, SGB IX, Kurzvortrag von Herrn Hackenberger, BVV und Mitglied der CDU-Fraktion</b></p>	<p>Herr Hackenberger berichtete über Schwerpunkte seiner Tätigkeit als Berater für berufliche Rehabilitation der Agentur für Arbeit Berlin Süd. Grundlage ist das 2001 in Kraft getretene SGB IX, welches Vorschriften für die Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen in Deutschland umfasst. Das SGB IX hat den Zweck, die Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft für Behinderte und von Behinderung bedrohter Menschen zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden bzw. entgegenzuwirken. Im Zuge des Kurzvortrages erörterte Herr Hackenberger unter anderem die in §6 SGB IX genannten Rehabilitationsträger und deren Zuständigkeitsbereiche sowie die möglichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, geregelt im §33 SGB IX.</p>
<p><b>Top 8</b> <b>Vorstellung des Trägers „Schwerhörigen-Verein“ durch Frau Brendel</b></p>	<p>Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aus Krankheitsgründen und wird in einer der folgenden Sitzungen nachgeholt.</p>
<p><b>Top 9</b> <b>Bericht aus der AG „Barrierefreie Verkehrsraumplanung“ und aus anderen AGs</b></p>	<p>Aus der AG lagen keine Berichte vor.</p>
<p><b>Top 10</b> <b>Verschiedenes</b></p>	<p>Herr Beneke machte auf den AWO – Boten für Friedenau aufmerksam. Es handelt sich hierbei um einen Begleit- und Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte ältere Mitbürger/ innen mit geringem Einkommen. In Notfällen können auch jüngere Menschen auf den</p>

	<p>Fahrdienst zurückgreifen. Die Abgabe einer geringen Spende ist erforderlich.</p> <p>Telefon: 030/ 84592987 030/ 84592879</p> <p>Anschließend informierte Frau Schneider den Beirat, dass die kostenlose Rechtsberatung und Mieterberatung des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg nicht mehr existiert. Das Bürgeramt bestätigte diese Information gegenüber Frau Schneider. Es findet lediglich eine Rentenberatung einmal im Monat im Rathaus Friedenau statt. Bürgerinnen und Bürger müssen nun auf kostenfreie Rechts- und Sozialberatungsangebote einzelner Träger im Bezirk zurückgreifen, jedoch mangelt es noch an einer systematischen Auflistung.</p> <p>Die nächste Beiratssitzung findet am <b>06.04.2011</b> im Casino, Raum 2013-2018, im Rathaus Schöneberg statt.</p>